

Wir brauchen "Semitismus Beauftragte", die sich für Juden und Palästinenser gleichermaßen einsetzen

Philipp Sonntag

Was alles gilt in Deutschland als „Antisemitismus“, was nicht? Die Verwirrung im Wahlkampf nenne ich „vorsätzlich fahrlässig“. Antworten sind quasi unvermeidlich problematisch, heftig umstritten, sei es nun in Parlamenten, in den vielfältigen Medien, auf den Straßen, bei Prügeleien usw. Anke Myrrhe versuchte mit einem Artikel: „Mit der Linken zieht der Antisemitismus ins rote Rathaus“ (Tagesspiegel 2. 9. 2026, Seite 3) etwas Anhaltspunkte, Ordnung, System in die Debatten zu bringen. Sie meinte:

„Bei einer Wahlkampfveranstaltung der Neuköllner Linken konnte der Rapper Dahabflex „YallaYalla Intifada“ und „Death to the IDF“ skandieren, beides klare und unmissverständliche Aufrufe zu Gewalt gegen Israel und Terror gegen Juden. Niemand schritt ein.“

Dabei geht es eigentlich weder um Kunstfreiheit, noch um eine „Deutsche Staatsraison“ gemäß Merkel. Dort wo die IDF im Sinne des Völkerrechts Verbrechen, sogar Völkermord begeht, kann es überhaupt keine Staatsraison sein, dies zu verschweigen. Zugleich ist klar, dass die IDF als feste Grundlage für den Schutz der Semiten, also der Juden und ebenso der Araber (!) in Israel etabliert wurde und bleibt. Von daher bin ich im Sinne der Staatsgründung von Israel 1948 ein „Semit“, also gleichermaßen für die Selbstbestimmung von Juden und Palästinensern.

Da meine ich, ist es ganz im Sinne von Semitismus, sich und andere öffentlich zu fragen, ob die Araber (mit täglichen Toten in Gaza, in Westjordanland usw.) durch die IDF tatsächlich mehr geschützt, oder gefährdet werden. Die Antwort ist einfach. Im Grunde antwortet Semitismus ganz natürlich, wie die Kriegführung der IDF seit 2023 das Land Israel (mit allen Bewohnern) auf die Dauer existenziell schützt und/oder gefährdet. Die Erbitterung ringsum in Nahost ist das exakte Gegenteil von jenen VBM (Vertrauens-Bildende Maßnahmen) der Diplomatie, welche Ben Gurion betont hatte mit: „Wir müssen stark und fair sein“.

Die Tradition dafür war vorhanden. 1.400 Jahre bis 1948 lebten in Palästina bereits Araber zusammen mit einer jüdischen Minderheit, im Wesentlichen friedlich miteinander, teils sogar durchaus kooperativ.

Welche Reaktion kann bei Erbitterung und Wut angemessen sein? Im Sinne der Menschenrechte gilt für alle Nationen und sonstigen Gruppen das Gleiche: Wer stark leidet, der darf stark reagieren – jedoch keineswegs unverhältnismäßig eskalieren. Ein Beispiel: 1945 hatte der damals 19-Jährige Jude Horst Selbiger unsäglich Qualen der Nazis überlebt. Er erzählte mir ca 1999, wie er 1945 nach der Befreiung eine zündungsbereite Handgranate bei sich trug, mit klarer Absicht: „Wenn mich nochmal jemand mit Verhaftung und Gewalt bedroht, ich werde nie mehr Opfer sein, den nehme ich mit in den Tod“. Hingegen reihenweise Unschuldige zu ermorden, sowas war ihm völlig fremd. Aktionen der IDF machen ihn 2026 traurig.

Spontan ist nachvollziehbar, auf die grausamen Übergriffe der Hamas 2023 hart zu antworten. Dafür wurde die IDF aufgebaut. Aber was wäre angemessen? Man sollte sich nicht wundern, wenn X-fach leidende Palästinenser, wenn Künstler wie der Rapper Dahabflex voller Wut „Tod dem IDF“ fordern – welchem IDF? Dem in Aktion wahrgenommenen, täglich übergriffigen – leider derzeit de facto völkermordenden – „IDF“. Tod hingegen keineswegs generell dem IDF als Militär des Staates Israel, solange dieses die Menschenrechte im Wesentlichen beachtet.

Ein Pro-Semitismus Beauftragter kann gar kein Rassist sein. Den Rassismus der AfD könnte man – insbesondere in Wahlkämpfen – klarer und entschiedener abwehren.

In Deutschland nachvollziehbar ist, dass politisch derzeit wochenlang kein Antisemitismus-Beauftragter als Nachfolger für den diplomatisch hoch sensiblen Felix Klein gefunden wird. Der Job ist kaum machbar. Als ein Antisemit gilt hier oft, wer nicht völlig pauschal für Israel ist. „Vorsichtshalber“ ist eine objektive Haltung verpönt. Die Unklarheit ist eine Herausforderung für jüdische Institutionen aller Art. So versucht zum Beispiel das „Jüdische Museum“ in Berlin, den Holocaust detailliert und plausibel empört darzustellen, jedoch ohne auch nur Ansatzweise zu fragen, was aktuell unter Antisemitismus zu verstehen sei.

Den Linken die ich kenne, ist Antisemitismus völlig fremd. Sie könnten in Berlin etwas präziser und zielführender reagieren. Nichts anderes erwarte ich von ihren Abgeordneten in Parlamenten. Wer für Selbstbestimmung der Palästinenser ist, äußert etwas gemäß VN völlig Selbstverständliches. Er würde bestimmt gerne ebenso eine Selbstbestimmung der Juden, sowieso noch besser von ganz Israel, im Sinne der Menschenrechte sehen.